

A N T R A G

der Abg. Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Marco Schulz und Thomas Reich (AfD) vom 11.10.2023

Betr.: Nach dem barbarischen Angriff auf Israel: Hamburg als verlässlicher Partner an der Seite des jüdischen Staates

Vor gut 100 Jahren, im November 1923, schrieb der Begründer des revisionistischen Zionismus, Zeev Jabotinsky, in seinem Essay „Die eiserne Mauer“: „Wir sind der Meinung, dass der Zionismus moralisch und gerecht ist. Und da er moralisch und gerecht ist, muss Gerechtigkeit durchgesetzt werden, egal, ob Josef oder Simon oder Ivan oder Ahmed damit einverstanden sind oder nicht“.

Seine Gedanken und Schriften wurden nach der Staatsgründung Israels über alle politischen Lager hinweg zur Staatsräson. In ihrer Klarheit und Stärke tragen sie das Land bis heute. Und dass sie nichts von ihrer Richtigkeit verloren haben, zeigen die barbarischen Angriffe der Terrorgruppe Hamas auf Israel heute umso mehr. Am 07. Oktober 2023 begann die Hamas einen brutalen Angriff auf das Staatsgebiet, richtete in den grenznahen Provinzen Massaker unter der Zivilbevölkerung an, entführte insbesondere Frauen in den Gaza-Streifen und trieb sie dort durch die Straßen, setzte sie als Geiseln fest. Israel antwortete mit der Ausrufung des Kriegszustands (dem ersten seit dem Jom-Kippur-Krieg 1973), der Militäroperation „Eiserne Schwerter“ und einer umfangreichen Mobilmachung von hunderttausenden Reservisten. Der brutale Angriff scheint geeignet, das in letzter Zeit durch linke Proteste gegen eine Verfassungsreform gesplante Land im Abwehrkampf gegen islamistischen Terror zu vereinen.

Eben dieser Angriff darf allerdings auch Hamburg nicht kalt lassen. Viel zu oft haben hier Senat und etablierte Parteien weggesehen und verharmlost, wenn islamischer Antisemitismus sich in Institutionen und auf der Straße zeigte, viel zu oft haben sie die Stimmen besorgter Deutscher, jüdischer und migrantischer Mitbürger ignoriert und sind über das Anwachsen des Antisemitismus auch in Hamburg hinweggegangen.

Dazu kommt, dass ein extremistischer Verein wie das IZH mit den Staatsverträgen geadelt wurde, auch wenn er schon seit Jahrzehnten im Fokus der Sicherheitsbehörden stand und steht. Immer noch unterrichten die Gastprofessoren der antizionistischen „Ruangrupa“-Gruppe, welche auf der Documenta für den einen beispiellosen Antisemitismus-Vorfall sorgte, an der HFBK – Bedenken und Proteste wurden auch hier systematisch kleingeredet.

Über allem schwebt das Dogma der multikulturellen Gesellschaft, in dessen Namen man solche allerhöchstens vereinzelt auftretenden „Einzelfälle“ eben tolerieren müsse.

Dieses Dogma lässt sich nun, nach fast 10 Jahren ungebremster und zum großen Teil muslimischer Masseneinwanderung, nicht mehr aufrechterhalten. Vielmehr muss der importierte Antisemitismus zum Thema gemacht und energisch gegengesteuert werden.

Der in seiner Brutalität ungekannte Angriff auf Israel muss auch ein Weckruf für Hamburgs Politik sein – eine Städtepartnerschaft kann hier nur den Anfang eines neu austarierten Verhältnisses darstellen. Dies sind wir nicht nur dem jüdischen Staat, sondern vor allem den Hamburger Bürgern, welche in Frieden und Sicherheit leben wollen, schuldig.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. beschleunigt eine Städtepartnerschaft oder eine strategische Partnerschaft nach dem Vorbild Kiews mit einer israelischen (Hafen-)Stadt zu forcieren;
2. eine stärkere Zusammenarbeit auf kulturellem, wirtschaftlichem, touristischem und sportlichem Gebiet anzustreben;
3. sämtliche staatlichen antiisraelischen Aktivitäten, welche vom Boden der FHH ausgehen (Iran/IZH, Türkei/DITIB etc.) in Zusammenarbeit aller Behörden unter Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten zu unterbinden;
4. auf die Bundesebene einzuwirken, Einbürgerungen potentieller und bekannter Unterstützer antisemitischen Terrors sofort zu beenden und ihre Ausreise zu forcieren;
5. auf eine Beendigung der HFBK-Gastprofessuren der „Ruangrupa“-Mitglieder Reza Afisina und Iswanto Hartono hinzuwirken und ihre Ausreise zu forcieren;
6. der Bürgerschaft bis zum 31.01.2024 zu berichten.